

# Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU** Kreisverband Magdeburg

## Seite 2

Im Interview  
Minister Olbertz

## Seite 5

Schiffahrtsweg mit  
natürlichem Charakter

## Seite 7

Energie aus der  
Windkraftanlage

## Seite 8

"Wolfener Erklärung"  
13. Landesparteitag

## Seite 13

Weiter schwierige  
Lage im Handwerk

## Seite 15

Landestagung der  
CDA in Magdeburg

## Kreisparteitag mit Neuwahl des Vorstandes

### "In allen Bereichen Mehrheitsfähigkeit erringen"

Die Gesamtmitgliederversammlung am 19. Oktober im Hansa-Hotel unter der bewährten Leitung von Ernst-Ulrich Pfeifer bestätigte weitgehend den seitherigen Kreisvorstand. Jürgen Scharf wurde ohne Gegenkandidat mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre zum Kreisvorsitzenden gewählt. Auch bei den Stellvertretern gab es trotz Kampfabstimmung keine Veränderungen. Alexandra Mehnert und Wilfried Köhler sowie Schatzmeister Klaus-Dieter Theise wurden von den knapp Hundert erschienen Mitglie-



*"Keine höheren Leistungen als andere!"*

dem in ihren Ämtern bestätigt. Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Prof. Wolfgang Böhmer warb in seiner Gastrede für die anstehenden unpopulären Sparmaßnahmen der Landesregierung. Er sei sich bewusst, dass überall große Erwartungen bestehen, aber zunächst müsse das Land wieder seine Handlungsfähigkeit zurück gewinnen. Deshalb könne sich Sachsen-Anhalt keine höheren Leistungen z.B. bei der Kinderbetreuung oder beim Blindengeld leisten als alle anderen Länder. Gleichzeitig kündigte er an, die Landesverwaltung zu straffen und den Personalabbau zu forcieren. Zur Entscheidung über den Ausbau des Magdeburger Flugplatzes mahnte der Ministerpräsident zur Geduld. Die Landesregierung werde bis Ende des Jahres alles versuchen,

den Flughafen in Cochstedt für eine wirtschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen. Immerhin seien in dieses Projekt 45 Mio. Euro Fördermittel geflossen. Dies sei aller Anstrengungen wert, um den Flughafen nicht zu einer Investitionsruine werden zu lassen. Erst wenn die Situation in Cochstedt geklärt sei, könne über die Förderung eines Ausbaus in Magdeburg entschieden werden. In diesem Zusammenhang nannte Prof. Böhmer insbesondere die hohen Kosten für die Verlegung der Bundesstraße 71 in Höhe von 30 Mio. Euro als Hindernis.

Als Zukunftsvision nannte der Ministerpräsident "eine konsequente Ansiedlungspolitik, die Steigerung der Wirtschaftskraft und der Steuerkraft", um die Abhängigkeit des Landes von Solidaritätsleistungen zu vermindern. Auf Nachfrage von Universitäts-Senator Dr. Carl-Gerhard Winter legte Böhmer ein klares Bekenntnis zur Zukunft der Magdeburger Universität ab. Mit allen Hochschulen des Landes würden Zielvereinbarungen getroffen und dabei kalkulierbare Budgets vereinbart, die zur selbständigen Bewirtschaftung bereit stehen. "Je weniger Geld wir geben, desto mehr Spiel-

raum brauchen die Verantwortlichen vor Ort", fasste Ministerpräsident Böhmer seine Strategie zusammen. Außerdem wolle die Landesregierung ein "Zentrum für Marketing" schaffen, in das alle wissenschaftlichen Einrichtungen einbezogen werden sollen.

Zuvor hatte Jürgen Scharf in seinem Rechenschaftsbericht die Erfolge der Kreispartei heraus gestellt. Schon bei den Kommunalwahlen 1999 sei die CDU stärkste Ratsfraktion geworden. Dies sei kein Zufall gewesen, wie die Landtagswahlen im April des Jahres bestätigt hätten. Die CDU in Magdeburg habe alle fünf Wahlkreise direkt gewinnen können und damit eine hervorragende Grundlage für die weitere politische Arbeit gelegt. Die politischen Anstrengungen könnten nun auf viele Schultern verteilt werden und neue Impulse setzen. Damit konnte das bescheidene Büro in der Hegelstraße zu einem "CDU-Hauptquartier", wie es Jürgen Scharf nannte, werden. Er schlug allerdings auch nachdenkliche Töne an. Die Bundestagswahl habe gezeigt, wie sehr die CDU in Magdeburg aber auch in ganz Sachsen-Anhalt von der jeweiligen Stimmungslage abhängen.



Wollen auf solider Grundlage aufbauen: Der neue CDU-Kreisvorstand kurz nach seiner Wahl im Hansa-Hotel Magdeburg.



*Allen  
Mitgliedern und  
Freunden der  
CDU Magdeburg  
wünscht das Redaktionsteam  
des Elbkurier  
eine besinnliche Adventszeit,  
ein frohliches Weihnachtsfest und  
ein gesundes  
Jahr 2003.*



## Interview mit Minister Olbertz: "Die grundlegenden Kulturtechniken müssen in der Grundschule wieder stärker verankert werden"

**Elbkurier:** Herr Minister Olbertz, Bildung ist der wichtigste Rohstoff für unsere Zukunft. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass Deutschlands Bildungssystem im internationalen Vergleich deutliche Mängel aufweist. Innerhalb Deutschlands liegt Sachsen-Anhalt fast überall auf letzten Plätzen. Was wollen Sie tun, um Sachsen-Anhalt nach vorn zu bringen?

**Minister Olbertz:** Wir brauchen eine innere Schulreform in allen Bildungsgängen, von der Vorschule bis zum Gymnasium. Die Probleme sind sehr komplex und nicht allein den Lehrern und den Schulen anzulasten. Schule und gesellschaftliches Umfeld gehören zusammen.

**Elbkurier:** Aber was ist in Sachsen-Anhalt anders als in den anderen neuen Ländern?

**Minister Olbertz:** Eine Ursache sehe ich in der Übernahme von überlebten Rezepturen aus den 70er Jahren. Man hat dabei nicht bedacht, dass sich die jeweiligen Gegenwarten geändert haben. Viele Experimente an den Schulen sind damit - sicher ungewollt, aber faktisch - auf Kosten der jungen Generation gegangen.

**Elbkurier:** Während die SKET-Mitarbeiter nach der Wende gnadenlos auf die Straße gesetzt wurden, hat die Demokratie die systemnahe Lehrerschaft fast vollständig übernommen. Sehen Sie hierin eine Ursache unserer Schwierigkeiten?

**Minister Olbertz:** Vor dieser Situation standen alle neuen Länder. Deshalb sehe ich hier nicht die Ursache der Probleme. Vielmehr hat die allmähliche Entfremdung der Schule vom leistungsorientierten Lernen in Sachsen-Anhalt dazu geführt, dass viele Kinder keine belastbaren Koordinaten für ihr Lernen mehr haben.

**Elbkurier:**  
Was heißt das konkret?

**Minister Olbertz:** Zum Beispiel ist die Alphabetisierung in der Grundschule auf zwei Jahre veranschlagt. Das ist ein viel zu langer Zeitraum, und auf Kinder mit Lernschwierigkeiten wird man so viel zu spät aufmerksam. Die Schüler erleben die Schule damit schon zu Beginn als mehr oder minder unverbindliche Angelegenheit, in der man sich Zeit lassen kann.

So misslingt die Initiation des Lernens. Ähnliches gilt für die Förderstufe. Die Kinder haben am Ende vielleicht gelernt, wie man Gemeinschaftsprojekte organisiert, aber nicht, wie man sich systematisch Wissen und Können aneignet und ordentlichen Unterricht durchsteht.

Dasselbe bei den Zensuren: Die Idee, es könnte die Kinder belasten und beschädigen, wenn sie eine regelmäßige Rückmeldung über ihren Leistungserfolg bekommen, führt zwar dazu, dass die Schmach des Misserfolgs vermieden wird, aber der Stolz auf den Erfolg eben auch über Bord geht. Schule kann nicht fördern, ohne zu fordern.

Gerade in den Sekundarschulen stelle ich eine allgemeine Erosion der Grundwerte schulischen Lernens fest, so dass die Kinder frustriert über Tische und Bänke gehen.

**Elbkurier:** Was tun Sie, damit Schule wieder leistungsgerecht und damit auch kindgerechter wird?

**Minister Olbertz:** Hier gibt es ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Das erste ist eine Reform des Lehrplans. Die grundlegenden Kulturtechniken müssen in der Grundschule wieder stärker und verbindlicher verankert werden, damit bei den Kindern dauerhaft Kommunikationsfähigkeit entsteht. Wer nicht sicher mit seiner Muttersprache umgehen kann, hat keine Chance auf weiteren Bildungsaufwuchs ...

**Elbkurier:** Also erst grundlegen-



*Minister Prof. Jan-Hendrik Olbertz will weg vom bisherigen Kurssystem für Schüler der Abiturklassen.*

**des Handwerkszeug erlernen ...**

**Minister Olbertz:** Ja, Handwerkszeug, damit weitere Bildung überhaupt stattfinden kann. Und der zweite Punkt ist, die Sekundarschule wieder aufzuwerten. Das Gymnasium ist doch für viele Eltern zum Fluchtpunkt geworden.

Das heißt, es wird ohne Studienabsicht angewählt. Ein Riesensproblem! Deshalb muss die Sekundarschule ein Profil entwickeln, das ihren Bildungsgang gegenüber dem gymnasialen wieder zu einem gleichwertigen Bildungsgang mit lediglich anderem Zielbezug - hier entlang der sogenannten "Realien" zur allgemeinbildenden Berufsvorbereitung - etabliert.

**Elbkurier:** Und die Zukunft der Gymnasien?

**Minister Olbertz:** Wir müssen vor allem wegkommen vom bisherigen Kurssystem, das dazu geführt hat, dass die Schüler sich für das Abitur ein sehr individuelles Menü zusammenstellen, das pragmatisch von der erlangbaren Punktezahl ausgeht. Ich habe vorgeschlagen, sechs Fächer als verbindlichen Kanon und dazu mehrere Wahlfächer einzuführen. Das führt auch wieder zu einem stärkeren Klassenverband und fördert soziales Lernen, also die Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit und so weiter.

**Elbkurier:** Wie wollen Sie diese

**Ideen umsetzen ohne junge Lehrer mit neuen Ideen und neuen Lehrmethoden?**

**Minister Olbertz:** Die Lehrer sind besser als ihr Ruf! Ihre Handlungsspielräume sind jedoch durch die Schulpolitik der letzten Jahre so eingengt worden, dass Kreativität oft auf der Strecke geblieben ist. Und was die Leistungsorientierung angeht, ist die DDR-Erfahrung der meisten Lehrerinnen und Lehrer eher von Vorteil.

**Elbkurier:** Also keine Chancen für junge Lehrer?

**Minister Olbertz:** Doch! Wir brauchen trotz Lehrerüberhang neue Lehrer. Deshalb habe ich mit dem Finanzminister einen Einstellungskorridor von 350 Lehrkräften pro Jahr vereinbart.

**Elbkurier:** Nach dem Grundgesetz ist Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Die Wirklichkeit in Sachsen-Anhalt sieht anders aus.

**Minister Olbertz:** Der Vorgängerregierung fehlte nach meinem Eindruck die Motivation und vielleicht auch der Rückhalt im Landtag, durch entsprechende Prioritätensetzung in der Lehrerbildung bzw. Weiterbildung schnell für den nötigen Nachwuchs zu sorgen.

**Elbkurier:** Werden Sie sich dieser Sache annehmen?

**Minister Olbertz:** Ja natürlich! Aber wir müssen uns auch über die Inhalte verständigen.

Ich bin gegen eine distanzierte Religionskunde, sondern für ein Fach, das die Grundlagen des christlichen Weltbildes, der christlichen Lebensform zum Gegenstand hat. Das ist für mich zunächst eine kulturelle Frage, weniger eine Glaubensfrage, die sich die Kinder später einmal selbst stellen müssen. Aber sie können diese Frage gar nicht mehr stellen, wenn ihnen die Wissensgrundlagen als Anlass fehlen.

**Elbkurier:** Mit welchen Konsequenzen? Geht es auch ohne ethische Grundlagen?

## Interview mit Minister Prof. Dr. Olbertz

**Minister Olbertz:** Nach zwei Generationen politisch gewollter Säkularisierung fehlt in den Familien vielfach schon das Wissen über die Ursprünge unserer Werte. Vielen bleibt dann nur noch, sich in die schnellle-

bige und oft sehr beliebige Welt irgendwie einzufädeln und in der Spaßgesellschaft aufzugehen. Gesellschaftliche Probleme

lösen kann man auf dieser Basis nicht - allenfalls weitere erzeugen.  
**Elbkurier: Nun zu unseren Hochschulen. Kann sich Sachsen-Anhalt zwei Universitäten und mehrere Fachhochschulen leisten?**

**Minister Olbertz:** Im Grundsatz soll diese Hochschullandschaft bestehen bleiben. Allerdings müssen alle Einrichtungen ihre Standorte und Profile stärker herausarbeiten, damit wir vielfältige Angebote bekommen.

**Elbkurier: Wie wollen Sie die Hochschulen auf diesen schwierigen Weg bringen?**

**Minister Olbertz:** Wir arbeiten gegenwärtig an Zielvereinbarungen mit allen Einrichtungen. Wenn sich Land und Hochschule einig sind, möchte ich gern verlässliche Haushalte und damit mittelfristige Planungssicherheit für die Hochschulen erreichen.

**Elbkurier: ... für drei Jahre?**

**Minister Olbertz:** Ja, ich hoffe, dass ich das gemeinsam mit dem Finanzminister durchbekomme. Die Hochschulen können dann über feste Budgets verfügen und sie sehr autonom einsetzen. Mein Credo ist ganz klar: Je enger der finanzielle Rahmen, desto wichtiger ist es, dass Handlungsspielräume geöffnet und bürokratische Barrieren abgebaut werden. Ich möchte den Hochschulen eine weitgehende Finanzautonomie zugestehen, so dass sie selber ihre Schwerpunkte und Prioritäten setzen können. Im Gegenzug müssen die Hochschulen sich dann aber auch im Wettbewerb behaupten und allmählich zu wirtschaftlich denkenden Unterneh-

mungen werden. Das ist im Moment eine Vision, aber auf diesem Weg sind wir.

**Elbkurier: Das klingt fantastisch! Wie kommen wir dahin?**

**Minister Olbertz:** Wir brauchen natürlich auch weiterhin eine Steuerung durch den Staat, aber Studentenzahlen oder Angebotschwerpunkte und ähnliches sollen nicht mehr einfach von oben vorgegeben, sondern im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen ausgehandelt werden. Es wird also der Konsens festgeschrieben, nicht mehr die Vorschrift. Ein moderner Staat steuert nicht aus der Ferne, sondern ermöglicht Bewegungsspielräume.

**Elbkurier: Wie können aus den großen Potenzialen unserer Hochschullandschaft und den hochkarätigen Forschungseinrichtungen mehr Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erreicht werden?**

**Minister Olbertz:** Hier passiert, finde ich, bereits eine ganze Menge.

**Elbkurier: Gestatten Sie mir noch ein etwas heikles Thema**

**anzusprechen: Sie kommen aus Halle. Wie sehen Sie die angebliche Rivalität zwischen Halle und Magdeburg?**

**Minister Olbertz:** (macht eine abwehrende Bewegung) Beide großen Städte haben ihre unterschiedliche Geschichte. Beide sind, jede auf ihre Art, faszinierende Städte. Und je mehr Orte in Sachsen-Anhalt um den Titel "Kulturhauptstadt" wetteifern, desto besser ist das für die Kultur. Es wäre düsterster Provinzialismus, wenn wir solchen Streit ernsthaft ausfechten wollten.

**Elbkurier: Schlussfrage: Sie sind bekanntlich nicht Mitglied der CDU, aber Mitglied im Kabinett Böhmer.**

**Minister Olbertz:** Es spricht sehr für die CDU, dass sie Fachleute von Außen in die Regierungsrarbeit einbezieht. Quereinsteiger sind wahrscheinlich nicht das schlechteste Modell. In der CDU-Fraktion fühle ich mich sehr gut aufgehoben. Übrigens war ich bereits 1998 im Schattenkabinett von Dr. Bergner.

**Elbkurier: Respekt vor dem großen Paket, das Sie sich vorgenommen haben. Ihrem politischen Wirken viel Erfolg und vielen Dank für das Gespräch.**

**Je mehr Orte in Sachsen-Anhalt um den Titel "Kulturhauptstadt" wetteifern, desto besser ist das für die Kultur.**

### Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

**1954** geboren in Berlin, verheiratet seit 1975, drei Kinder, parteilos

**1974-1978** Lehramtsstudium an den Universitäten Greifswald und Halle

**1981** Promotion (Hochschulpädagogik)

**1989** Habilitation in Halle

**1990** Gastprofessur an der Universität Bielefeld

**1992** Professor für Erziehungswissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

**1992-1996** Mitglied des Akademischen Senats der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

**seit 1992** Mitglied des Konzils der Martin-Luther-Universität

**seit 1993** Mitglied des Landesschulbeirats Sachsen-Anhalts

**1996-2000** Gründungsdirektor des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg

**1999** Mitglied der 11. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland

**2000-2002** Direktor der Franckeschen Stiftungen zu Halle

### Termine im CDU-Kreisverband

#### Ortsverband Sudenburg

7.12.2002, 19.00 Uhr

Weihnachtsfeier

Gaststätte

"Schwarzer Peter",

Halberstädter Str. 174

#### Fachauschuß

#### Stadtentwicklung

9.12.2002, 19.00 Uhr

Erweiterung Allee-Center?

Landesgeschäftsstelle,

Hegelstraße 23

#### Ortsverband Am Neustädter Feld und Olvenstedt

10.12.2002, 18.30 Uhr

Weihnachtsfeier

Gaststätte

"Zum Lindenweiler"

(Vogelbreite)

#### Ortsverband Ottersleben

11.12.2002, 19.00 Uhr

Weihnachtsfeier

Gaststätte

"Ottersleber Krug"

Große Schulgasse 2

#### Ortsverband Ostelbien

11.12.2002, 19.00 Uhr

Weihnachtsfeier

Gemeindehaus

"St. Briccus"

Babelsberger Str.2

#### Senioren

16.12.2002, 10.00 Uhr

Weihnachtsfeier

Landesgeschäftsstelle,

Hegelstraße 23

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg

39104 Magdeburg

Hegelstraße 23

### REDAKTION:

Wilfried Köhler

### LAYOUT/SATZ:

Birgit Uebe, Medien- und Fotografiedesign

### DRUCK:

Harzdruckerei Wernigerode

## Fortsetzung: Kreisparteitag mit Neuwahl des Vorstandes



*Alter und neuer Kreisvorsitzender Jürgen Scharf: "Haben hervorragende Grundlage für weitere politische Arbeit gelegt."*

Scharf erinnerte daran, dass die Bundestagswahl für die Union sehr unglücklich verloren worden sei. "Flut und Irak-Krise haben dazu geführt, dass Rot-Grün in letzter Minute gewonnen hat", sagte Scharf. Offensichtlich habe die Wahlkampfanglementation der SPD gezogen: "Lieber 4 Millionen Arbeitslose als deutsche Soldaten im Irak". Dieser Demagogie habe die Union nichts entgegen

setzen können, meinte der Kreisvorsitzende resümierend.

Für die zukünftige Arbeit der CDU verlangte Scharf alle Anstrengungen, um in den Städten und bei den jungen Frauen attraktiver zu werden. "Die Volkspartei CDU muss in allen Bereichen die Mehrheitsfähigkeit erringen", verlangte er. Die Fragen der Kinderbetreuung und der Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf müssten in geeigneter Weise transportiert werden.

In diesem Punkt warnte der stellvertretende Kreisvorsitzende Wilfried Köhler in der Aussprache vor zu weitgehender Anpassung an den Zeitgeist. Ehe und Familie seien nicht nur grundgesetzlich geschützt, die Union müsse dieses "Tafelsilber" auch gegen die rot-grüne Beliebigkeit verteidigen.

Das Wählerverhalten junger Frauen sah Köhler stärker in der "medialen Attraktivität" des Kanzlers im Vergleich zu seinem Herausforderer Stoiber begründet und weniger in der programmati-

schon Ausrichtung der beiden Volksparteien.

In einem kurzen Beitrag des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Reinhard Stern, attackierte er die rot-grüne Bundesregierung. "Rot-Grün ist der Tod der Städte. Die Politik der Bundesregierung führt



*Fraktionschef Reinhard Stern: "Rot-Grün ist der Tod der Städte!" Zugleich warb er um Kandidaten für die nächsten Kommunalwahlen.*

bereits jetzt dazu, dass der OB das Licht ausschalten muss!" Deshalb sei von einer Fortsetzung dieser Politik außer weiteren Belastungen der Bürger nichts Gutes zu erwarten, sagte

Stern.

Mehr als 50 Anträge wurden von der CDU-Ratsfraktion in den Stadtrat eingebracht. Damit ist die Fraktion Spitze. Durch die aktive Arbeit sei es gelungen, immer wieder Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen, sagte Stern.

Wichtig ist es der Fraktion, in der kommenden Zeit bis zu den Kommunalwahlen weiter an den Themen der wirtschaftlichen Entwicklung Magdeburgs, der Verlängerung der A14 in Richtung Norden, des Baus des Tunnels am Universitätsplatz, des Ausbaus des Verkehrslandeplatzes Magdeburg, der Hafententwicklung und eines Hauptstadtvertrages zu arbeiten.

In den nächsten Wochen werden Fraktionschef Reinhard Stern und der Vorsitzende des Stadtrates, Gerhard Heini, in den Ortsverbänden für kommunale Mitarbeit im Hinblick auf unsere Kommunalwahl 2004 für eine Bereitschaft zur Mitarbeit werben

wik

## Kriege lösen keine Probleme - Gedanken zum Volkstrauertag

Gäbe es Umfragen über die Beliebtheit der Monate, würde sicherlich der November zum unangenehmsten Monat des Jahres erklärt werden. Einmal sicherlich wegen des meist trüben Wetters, aber sicher auch, weil wir uns in diesem Monat regelmäßig an Ereignisse erinnern, die uns mit einer brutalen Wirklichkeit konfrontieren: dem Sterben.

Gerade der Volkstrauertag ist ein Tag, der uns erinnert an die Tatsache, dass Millionen Menschen sinnlos und grausam sterben mussten durch Krieg, brutale Gewalt und Vertreibung. Es könnte einem der Ekel vor der Menschheit packen, denkt man an die Millionen Menschenopfer, die von Granaten und Bomben zerrissen wurden, die in modernen Mordfabriken vergast, verbrannt oder zu Tode gequält wurden.

Der Ekel vor einer Menschheit, die trotzdem so oft Tag für Tag mit

Arroganz und Selbstherrlichkeit von Fortschritt und Humanität redet. Ein solches Erinnern sollte uns bewahren vor falschen Sentimentalitäten und Phrasen, die gerade an solchen Gedenktagen gelegentlich zu hören sind.

Es ist deshalb die Frage zu stellen, in welcher inneren Einstellung wir der Toten gedenken, in welcher inneren Einstellung wir trauern um die vielen Opfer von Gewalt und Terror. Nicht "befohlene Trauer" ist das Motto des Volkstrauertages, sondern das Setzen eines nicht übersehbaren Zeichens der Solidarität derjenigen, die keine Verluste zu beklagen haben, mit den Hinterbliebenen der Getöteten, der Gefallenen und der Vermissten des Zweiten Weltkrieges.

Jüngere können sich heute kaum vorstellen, welches Leid und welche Not die Betroffenen durchlitten haben. Die Namen dieser Hinterbliebenen stehen auf keinen

Steintafeln. Und doch wollen wir heute auch an sie denken und mit ihnen zusammen trauern.

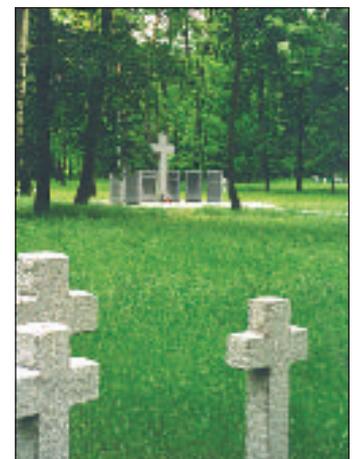
Wir wollen, dass solche Gedenkstätten und solche Friedhöfe gesehen werden als Stätten zum Gedenken an Menschen, die oft in sehr jungen Jahren Opfer von Krieg wurden, Kriege, die nicht sie, sondern Politiker ausgelöst haben. Und, was vielleicht noch bedeutsamer ist, wir wollen solche Gedenkstätten so verstanden wissen, dass sie Mahnmale sind für die politische Verantwortlichen in unserem Land und über die Grenzen unseres Landes hinaus.

Ein Mahnmal muss eine Verpflichtung sein zu erkennen, dass Kriege nie ein geeignetes Mittel sein können zur Lösung politischer Probleme. Wenn unser Gedenken an gefallene Soldaten und alle Opfer der Kriege für unsere Gegenwart heute und für die Zukunft einen politischen Sinn hat,

dann doch nur den, Mahner des Friedens zu sein.

*Dieter Steinecke, MdL*

*Kreisvorsitzender der Kriegsgräberfürsorge Magdeburg*



*Deutsche Kriegsgräberstätte in Modlin bei Warschau. Auf dem Garnisonsfriedhof der ehemaligen Festungsstadt sind die Gebeine von etwa 2.580 deutschen Gefallenen des Zweiten Weltkrieges bestattet.*

## Das CDU Kompetenz-Zentrum auf einen Blick

Kreisgeschäftsführerin: Gisela Luding / Tel.: 5 66 68 41 / Fax: 5 66 68 42 / cdu@magdeburg.de



**Gerhard Ruden, MdL**  
Mitarbeiterin: Doris Memmler

Telefon: 0391-5 66 68 40/ -20  
Fax: 0391-5 66 68 42  
Ruden@cdu.magdeburg.de



**Jürgen Scharf, MdL**  
Mitarbeiterin: Bärbel Nether

Telefon: 0391-5 66 68 50  
Fax: 0391-5 66 68 54  
Scharf@cdu.magdeburg.de



**Wigbert Schwenke, MdL**  
Mitarbeiter: Michael Otto

Telefon: 0391-5 66 68 52  
Fax: 0391-5 66 68 42  
Schwenke@cdu.magdeburg.de



**Dieter Steinecke, MdL**  
Mitarbeiter: Stephan Richter

Telefon: 0391-5 66 68 22  
Fax: 0391-5 66 68 42  
Steinecke@cdu.magdeburg.de



**Eva-Maria Wybrands, MdL**  
Mitarbeiterin: Monika Schoeps

Telefon: 0391-5 66 68 53  
Fax: 0391-5 66 68 42  
Wybrands@cdu.magdeburg.de



**Bernd Heynemann, MdB**  
Mitarbeiter: Gerhard Häusler

Telefon: 0391-5 66 68 65  
Fax: 0391-5 66 68 42  
Heynemann@cdu.magdeburg.de

Kreisgeschäftsstelle und Abgeordnetenbüros Hegelstraße 23, 39104 Magdeburg

## RCDS feiert zweijähriges Bestehen in Magdeburg

Am 28.11. hat der RCDS an der Otto-von-Guericke-Universität sein zweijähriges Bestehen gefeiert. Dazu gab es eine Party im Gebäude 22, dem neuen Gebäude der Wirtschaftswissenschaften am Pfälzer Platz.

Der RCDS hat nach seinen Wurzeln gesucht und dabei festgestellt, dass es 1945 eine CDU-Hochschulgruppe in Magdeburg gab. Über Hinweise zu ehemaligen Mitgliedern, deren Geschichte und Probleme in der SBZ, wäre der RCDS sehr dankbar.

Die nächste größere Veranstaltung wird am **29.01.03 mit Ministerpräsident Böhmer zur wirtschaftlichen Perspektive** des Landes stattfinden. Hinweise und Vorschläge für zukünftige Veranstaltungen, auch interner Art, werden gerne entgegen genommen! Für einen Einblick in die Arbeit des RCDS-Magdeburg wird ein Tätigkeitsberichts angeboten. Für Rückfragen steht Ihnen Christian Köhler gerne zur Verfügung.  
Tel.: 0391-8 11 49 26.

## Beschluss des CDU-Kreisverbandes am 19.10.02:

### Schiffahrtsweg mit natürlichem Charakter erhalten und entwickeln

Die Elbe ist ein über Jahrhunderte durch Deiche und Buhnen regulierter Fluss.

Die Regulierung der Elbe hat sich über Jahrhunderte adäquat zum Fortschritt der Technik entwickelt und ist die Voraussetzung für wirksamen Hochwasserschutz und damit wesentliche Grundlage für menschliche Besiedlung und wirtschaftliche Nutzung entlang der Elbe.

Weil in den vergangenen Jahrzehnten aus allseits bekannten Gründen kaum noch Regulierungsmaßnahmen, geschweige denn Ausbaumaßnahmen stattfanden, ging der wirtschaftliche Vorteil der Wasserstraße Elbe weitgehend verloren.

Dies hat auch im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt Tschechiens, dessen Wirtschaft auf die Wasserstraße Elbe als

Verbindung zu den Seehäfen angewiesen ist, besondere Bedeutung.

Die CDU Magdeburg appelliert an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für die internationale Wasserstraße Elbe und die Wirtschaftsregion Mitteldeutschland gerecht zu werden und alle geplanten Finanzmittel für die weiteren naturnahen Regulierungsmaßnahmen zu genehmigen. Es ist kaum zu verstehen, warum die mit relativ geringen Mitteln zu entwickelnde Infrastruktur der Wasserstraße, die noch dazu einen kostengünstigen und umweltverträglichen Transport ermöglicht, von der rot-grünen Regierung ins Abseits geschoben wird.

Die ohnehin schwache Wirtschaft Sachsens-Anhalts und die mit dem Wasserweg verbundene Wirt-

schaft erfährt durch den drohenden Finanzierungsstopp eine weitere Schwächung. Überdies werden die in diesem Zusammenhang getätigten Investitionen am Wasserstraßenkreuz Magdeburg sowie an Saale, Elbe und Mittel-

landkanal ad absurdum geführt. Die Wirtschaft im mitteldeutschen Raum und in Tschechien benötigt die Ertüchtigung von Elbe und Saale als leistungsfähige Wasserstraßen, um sich im europäischen Wettbewerb zu behaupten.



Auf Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Ruden fasste die Mitgliederversammlung nebenstehenden Beschluss zur Schiffahrt auf Elbe und Saale.

## Fachtagung der Frauen-Union Sachsen-Anhalt fordert: "Lücken bei Frauengesundheit schließen!"



Eva-Maria Wybrands auf der Fachtagung der Frauen-Union.

Foto: Stephan Richter

Männer und Frauen sind unterschiedlich. Wie wir eigentlich alle wissen, wird dies bisher im System der medizinischen Versorgung oft ignoriert oder sogar geleugnet.

Die gleiche Krankheit kann sich bei Frauen durch andere Symptome äußern als bei Männern. Dies führt

bei Frauen häufig zu späteren Diagnosen und damit erst später, manchmal auch zu spät, zur notwendigen Behandlung.

Immer noch werden Frauen viele Medikamente verordnet, die in der klinischen Prüfung nur von Männern getestet worden sind.

Frauen bekommen häufiger Arzneimittel verordnet als Männer, die Arzneimittelversorgung der Männer ist aber deutlich teurer als die der Frauen, weil Frauen häufiger ältere und billigere Medikamente erhalten als Männer. Normale Lebensphasen von Frauen wie Pubertät, Schwangerschaft und Wechseljahre werden pathologisiert und behandelt.

Welchen Weg müssen wir beschreiten, um eine optimale Gesundheitsversorgung für Frauen in Deutschland erreichen zu können?

Die Frauen-Union wird sich dafür einsetzen,

- dass eine frauenspezifische Gesundheitsaufklärung die Vorsorgeuntersuchungen stärker etabliert und deren Qualität verbessert wird,
- dass ein flächendeckendes, qualitätsgesichertes und fachübergreifendes Brustkrebsfrüherkennungsprogramm Förderung findet,
- dass bei Osteoporose ein Programm zur Früherkennung, Prophylaxe und Therapie gefördert wird.

Dadurch sollen Osteoporosefolgen vermieden werden.

- dass zu prüfen ist, ob der Einsatz des Humanen Papillomavirus-Tests (HPV-Test) künftig von den Krankenkassen in das jährliche Vorsorgeprogramm aufgenommen wird und zu den erstattenden Leistungen zählt,
- dass in der Arzneimittelforschung vor Genehmigung eines neuen Präparates sichergestellt wird, dass repräsentative Untersuchungen an einer ausreichenden Zahl von Versuchspersonen beider Geschlechter durchgeführt und auch geschlechtsspezifisch ausgewertet werden,
- dass Demenzerkrankte in der sozialen Pflegeversicherung mit einbezogen werden,
- dass die Gesundheitserziehung von Mädchen und jungen Frauen intensiviert wird und präventive Maßnahmen ausgebaut werden

Es ist Zeit für Taten!

Eva-Maria Wybrands

Landesvorsitzende der Frauen-Union



**GETEC**

**Magdeburg**

**Hannover**

**Berlin**

**München**

**Essen**

---

**Stichwort**

## Ihr fairer Contracting-Partner

**Thema**

Sie müssen Ihre **Heizzentrale erneuern?**  
oder  
Sie wollen sich beim **Neubau** Ihrer Liegenschaften von den Investitionskosten für Ihre Heizzentrale entlasten?

**Wie hilft Ihnen die GETEC dabei?**  
Wir planen, bauen, finanzieren und betreiben für Sie Ihre Heizzentrale – Sie sparen Investitionskosten und entlasten sich von Regie und Betrieb.

**das heißt**

Sie erhalten von uns leistungsfähige und wettbewerbsgerechte Wärmepreise, die jedem Vergleich standhalten.

**GETEC – Ihr Partner für intelligente Konzepte**

**Fordern Sie unser Infoblatt an!**





---

**GETEC AG**  
Wilker Schulz  
Albert-Wolke-Straße 50  
39108 Magdeburg  
Tel. 0391/2568 09  
Fax 0391/2568120  
e-mail getecag@getec.de

**GETEC AG, NL Hannover**  
Uwe Barthel  
Gosenode 4  
30159 Hannover  
Tel. 0511/12108860  
Fax 0511/12108899  
e-mail getechannover@getec.de

**GETEC AG, NL Berlin**  
Roland Engel  
Friedrichstraße 132/Reinhardtstraße 1  
10117 Berlin  
Tel. 030/2408890  
Fax 030/24088920  
e-mail getecberlin@getec.de

**GETEC AG, NL Essen**  
Michael Gnypzmyra  
Kruppstraße 89-100  
45445 Essen  
Tel. 0201/8127123  
Fax 0201/8127422  
e-mail getecessen@getec.de

**GETEC AG, NL München**  
Martin Beck  
Leonardstraße 6  
80636 München  
Tel. 089/18951990  
Fax 089/18951959  
e-mail getecmuenchen@getec.de

## Magdeburg - Stadt der Windkraftanlagen



Blick in die Produktionshalle der Firma ENERCON in Rothensee.

So könnte man es auf die Anzeigetafeln des Hauptbahnhofes schreiben, um auf den mittlerweile größten Industriezweig der Stadt Magdeburg aufmerksam zu machen. Am 18.11.2002 haben alle Magdeburger Landtagsabgeordneten eine Informationsberatung mit anschließender Betriebsbesichtigung bei der ENERCON GmbH durchgeführt. Ein sehr informativer Lichtbildvortrag klärte über die technische Entwicklung von ENERCON-Windkraftanlagen (WKA) sowie die positiv dramatische Wachstumskurve des Produktionsstandortes Magdeburg auf. In Zahlen bedeutet dies einen Personalzuwachs von 1000 Mitarbeitern im Jahre 2001 allein in Magdeburg. Damit beschäftigt die ENERCON GmbH in Magdeburg ca 2000 Mitarbeiter - mit wachsender Tendenz bis zu einem Endstand von 3000 Mitarbeitern an den beiden Magdeburger Standorten. Auf ca 150.000 qm werden in

den Werkshallen im ehemaligen SKET-Betrieb 11 und in den neu hergerichteten Hallen der ehemaligen Stahlgießerei Rothensee pro Woche 7-8 WKA produziert. Da der Trend zu immer größeren Anlagen geht, werden zur Zeit die Produktionshallen in Rothensee auf die "Mammut"-WKA Typ E 112 (Prototyp in Egeln mit 4,5 MW Leistung) ausgebaut. 500 Tonnen wiegt so eine Anlage insgesamt. Der drehbare Teil wiegt



Ein Windrad der Marke "E 66" im Einsatz, ein fast schon alltägliches Bild in der Magdeburger Börde.

allein 200 Tonnen, wobei die drei Flügel eine Länge von jeweils 112 m haben und 6 m breit sind.

Der Marktanteil der Firma beträgt

weltweit 42,9%. Während der Windkraftstrom deutschlandweit bei 3,8% liegt, sind die Länder Schleswig-Holstein (26%), Sachsen-Anhalt (19%) und Niedersachsen (11%) Vorreiter in der Windkraftverstromung. Hauptproduktionsstandorte der Firma sind Aurich und Magdeburg. Weitere Produktionsstandorte befinden sich in Indien, der Türkei und Brasilien. Neben den Vorteilen für den Industriestandort Magdeburg wurden

auch die Probleme des Landschaftsbildes (Verspargelung), die Umweltverträglichkeit und die Subventionierung durch das Stromeinspeisegesetz

diskutiert. Insgesamt geht die Entwicklung zu kostengünstigeren Großanlagen, wobei die bisherigen Standorte nicht erweitert werden sondern mit größeren Anlagen bestückt werden. Aufgrund dieser Entwicklung werden in Magdeburg in den nächsten Jahren von ENERCON über 50 Millionen € in die Fabrikationsanlagen investiert. Durch die günstigen Standortbedingungen (Verkehrsanbindung im Industriegelände Rothensee mit Schiff, LKW und Bahn) verlagert sich das Schwergewicht der Produktion damit nach Magdeburg.

Auch die technische Entwicklung erfolgt zu einem größer werdenden Teil am neuen Standort Rothensee. Der abschließende Eindruck war: Hier wird nicht gekleckert - hier wird geklotzt: Hier entstehen nicht nur Hunderte sondern Tausende neuer Arbeitsplätze mit erheblichen Qualifikationsanforderungen. Neben den notwendigen Qualifizierungskursen für Neuanfänger beginnt der Betrieb im Jahre 2003 mit der Ausbildung spezieller Facharbeiter.

Aufgrund der Zukunftsträchtigkeit dieses Industriezweiges kann die Landeshauptstadt Magdeburg schon einmal überlegen, an welcher Stelle im Stadtwappen das Windkraftrad erscheinen soll.

Gerhard Ruden

## CDU-Ball im Hansa-Hotel am 8. November: Rückblick auf ein ereignisreiches, erfolgreiches Jahr

Wie in den vergangenen Jahren feierte der CDU-Kreisverband auch in diesem Jahr wieder seinen CDU-Ball. Jürgen Scharf konnte dazu etwa 200 Mitglieder und Freunde der Union begrüßen. Der Ball wurde zu einem unbeschweren, kurzweiligen Abend, bei dem Tanz und Schmaus besonders angesagt waren.

Aber was wäre ein Ball ohne Kulturprogramm? So wusste ein Zauberer und Komiker seine Zuschauer immer wieder durch raffinierte Tricks zu beeindrucken. Höhepunkt des Abends war für viele die bezaubernde Stimme von Sabine Münz, einer jungen Sängerin, die an der hiesigen Otto-von-Guericke-Universität als Schülerin von Prof. Monika Köhler

ihre Ausbildung erhielt. Sie stellte ihre bekannte Melodien aus Operette und Musicals vor und begeisterte damit die Gäste. Eine reichhaltige Tombola rundeten diesen Abend ab,

der allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben dürfte. Wie zu hören ist, will der Kreisverband auch im kommenden Jahr diesen kulturellen Akzent wieder setzen. wik



## Aufbruch in ein zukunfts Erklärung des 13. Landesparteitages der CDU

Sachsen-Anhalt ist seit dem 21. April 2002 auf einem guten Weg, die Wirtschaft des Landes aufzubauen und die finanzpolitische Gestaltungsfähigkeit wiederherzustellen. Die Landespolitik hat unter Führung der CDU neue Weichenstellungen erfahren

- auf dem Weg heraus aus der Schuldenfalle durch Sanierung der Landesfinanzen
- auf dem Weg aus der Stagnation durch Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik
- auf dem Weg zu einer modernen Verwaltungsstruktur durch eine Funktionalreform
- auf dem Weg in die Wissensgesellschaft durch mehr Leistungsorientierung in den Schulen



Ministerpräsident Prof. Böhmer wurde vom Landesparteitag in Wolfen mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender der CDU bestätigt. Er steht für den Sanierungskurs der neuen Landesregierung.

Erste im Landtag verabschiedete Gesetze sind beispielgebend für den landespolitischen Neustart:

1. Mit dem Nachtragshaushalt wurde die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Landes wiederhergestellt und dringend benötigte Investitionen abgesichert.
2. Mit dem Ersten Investitionserleichterungsgesetz und der Aufhebung des Vergabegesetzes werden bürokratische Hürden für Innovation und Investition abgebaut.
3. Die Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten gibt den Eltern erzieherische Freiheiten zurück, die ihnen die abgewählte Regierung genommen hatte.
4. Kommunen können weiterhin eigenverantwortlich über Fusionen entscheiden und verlässlich für die Zukunft planen.

Noch in diesem Jahr müssen weitere wichtige Vorhaben vorangebracht werden.

### Raus aus der Schuldenfalle

Wir werden mit dem Landeshaushalt 2003 die konsequente Sanierung der Landesfinanzen in Angriff nehmen. Sachsen-Anhalt hat die höchste Pro-Kopf-Veranschuldung unter den neuen Bun-

desländern. In jeder Stunde gibt das Land allein 100.000 Euro für den Schuldendienst aus. Das Land wird mit dem Landeshaushalt 2003 den Weg aus der Schuldenfalle finden. Um dies zu erreichen, werden alle Ausgabenpositionen auf den Prüfstand gestellt. Wir können in keinem Bereich mehr Standards finanzieren, die teils deutlich - über dem Durchschnittsniveau der anderen Länder liegen.

Der im Ländervergleich viel zu hohe Personalbestand in den öffentlichen Verwaltungen muss Schritt für Schritt reduziert werden. Durch vereinfachte Förderrichtlinien und Vergabeverfahren sollen die Kommunen mehr Freiheiten im Mitteleinsatz erhalten. Sie unterliegen jedoch der gleichen Verpflichtung wie das Land, ihre Finanzen zu sanieren. Grundsätzlich gilt:

Der Eingriff in Leistungsgesetze ist unvermeidlich. Er soll jedoch gleichzeitig für eine Modernisierung und Vereinfachung landesrechtlicher Vorschriften genutzt werden. Die CDU fühlt sich nicht Gruppeninteressen, sondern einer gerechten Lastenverteilung und sicheren Zukunft für alle Menschen in Sachsen-Anhalt verpflichtet.

### Wirtschaftswachstum für mehr Arbeitsplätze im Land

In Sachsen-Anhalt finden besonders viele Menschen keine Arbeit. Aufgabe der Landespolitik ist es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass durch eine verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmen neue Arbeitsplätze entstehen. Mit neuen Ideen will die CDU Sachsen-Anhalt insbesondere der mittelständischen Wirtschaft Impulse verleihen:

- Unternehmen, die von der schlechten Zahlungsmoral im Baubereich betroffen sind, sollen erweiterte Möglichkeiten an die Hand bekommen, um ihre Rechte wirksam durchsetzen zu können.
- Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 2,5 Millionen Euro sollen die Umsatzsteuer erst dann an das Finanzamt abführen müssen, wenn sie von ihren Auftraggebern für die erbrachte Leistung bezahlt wurden. Die Landesregierung wird dazu eine entsprechende Initiative im Bundesrat auf den Weg bringen.

- Ein externer Innovationsbeirat soll die Landesregierung in Fragen der Förderung von Forschung und Entwicklung beraten und zu einer Stärkung der Innovationskraft sachsen-anhaltischer

Unternehmen beitragen.

- Alle politischen Kräfte werden aufgefordert, aktiv die Ansiedlung solcher Unternehmen zu betreiben, die ihre Märkte auch außerhalb Sachsen-Anhalts, in Europa und der Welt haben und suchen, und speziell diese Unternehmen zu unterstützen.

### Reformen im Schulsystem - fordern und fördern

Die Zukunftschancen junger Menschen in Sachsen-Anhalt sind entscheidend durch die Qualität ihrer schulischen Bildung bestimmt. Als Ergebnisse der PISA-Studien ergeben sich für uns drei Aufgabenschwerpunkte zur Reform des Schulsystems: In der vorschulischen Bildung und Erziehung sollen der Schuleintritt vorbereitet und Kinder mit individuellen Benachteiligungen besonders gefördert werden. In den Schulen sollen Leistungsbeurteilung und -kontrolle durch die Vergabe von Noten bereits zum Halbjahreswechsel in der ersten Klasse gefördert werden. Sekundarschulen sollen größere Freiheiten zur Profilbildung erhalten, verbunden mit dem Ziel einer klaren Differenzierung von Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang.

### Funktionalreform - mehr Spielräume für Kommunen

Auf dem Weg zu einer umfassenden Neubestimmung der Aufgaben von Land, Landkreisen, Städten und Gemeinden soll ein Landesverwaltungsamt geschaffen werden. Dort, wo möglich, sollen bisherige Landesaufgaben in die Zuständigkeit der Kommunen übertragen werden. Ziel ist es, Aufgaben dort in Angriff zu nehmen, wo sie entstehen und dementsprechend mit größtmöglicher Effizienz und Kompetenz gelöst werden können. Im Zuge dieses Reformprozesses sollen Landkreise, Städte und Gemeinden schrittweise mehr Eigenverantwortung und individuelle Handlungsspielräume erhalten.

# Unfähiges Sachsen-Anhalt

## CDU Sachsen-Anhalt- "Wolfener Erklärung" -

### Polizeigesetznovelle - Innen-Sicherheit hat Vorrang

Trotz eines geringeren Mittelereinsatzes wird Kriminalität in anderen Bundesländern ebenso erfolgreich bekämpft wie in Sachsen-Anhalt.

Statt auf der Straße Präsenz zu zeigen, sind Polizeibeamte hierzulande noch zu häufig mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt. Die Polizeiorganisation ist weitgehend ineffizient. Dies muss in den kommenden Jahren korrigiert werden. Darüber hinaus soll das Polizeigesetz um Regelungen zur Wegweisung bei häuslicher Gewalt und zur präventiven Rasterfahndung ergänzt werden, damit Verbrechen schon im Vorfeld verhindert werden können.

### Sachsen-Anhalt nach der Flut: Packen wir's an - jetzt erst recht!

Die Überflutungen an den Ufern von Elbe und Mulde vom August 2002 stellen nicht nur die schwer-

gierung schnell und unbürokratisch Soforthilfe geleistet. Nun gilt es, das gesamte Ausmaß des entstandenen Schadens in den Blick zu nehmen und umfassende Konzepte für den Wiederaufbau in den betroffenen Regionen zu entwickeln. Die CDU erkennt als zentrale Aufgaben eines Wiederaufbaukonzepts:

- Der Schutz gefährdeter Regionen hat oberste Priorität.

- Bei der Entschädigung der Flutopfer sollen unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten, die der von Bund und Ländern geschaffene Aufbauhilfefonds zulässt, neben den unmittelbaren auch die mittelbaren Schäden Berücksichtigung finden.

- Vorhersagesysteme, Hochwasserschutzbauten sowie alle Maßnahmen zur unmittelbaren Flutbekämpfung sind auf Defizite hin zu überprüfen und ggf. zu verbessern.

- Die Instandsetzung von Elbe und

zweiten Jahr hintereinander Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union. Zusammen mit Portugal weist der Bundeshaushalt die höchste Neuverschuldungsquote auf. Nirgendwo in Europa gibt es mehr Firmenpleiten als in Deutschland.

Unter Rot-Grün ist Deutschland im Beschäftigungsaufbau weit hinter den großen Industrienationen Frankreich und Großbritannien zurückgeblieben. Anzeichen für einen politischen Paradigmenwechsel sind bei SPD und Grünen nicht zu erkennen. Die Menschen in Deutschland sind zur Leistung bereit. Sie wollen ihr Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Die bundespolitischen Versäumnisse und Verfehlungen der vergangenen Jahre kulminieren auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes.

Deutschland braucht eine Herbstoffensive für mehr Beschäftigung mit folgenden Elementen:

- Ausbau des Arbeitszeitkonten-Modells durch Reform der Arbeitszeitgesetzgebung

- Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes für mehr Eigenverantwortung in den Betrieben und schnellere Entscheidungsverfahren

- Angepasstes Kündigungsschutzrecht zur Reintegration älterer Arbeitsloser und Langzeitarbeitsloser

- Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

- Senkung des Eingangssteuersatzes zum Beschäftigungsaufbau im Bereich einfacher Dienstleistungen

- Reform des Niedriglohnssektors
- Reorganisation der Bundesanstalt für Arbeit

- Initiative für mehr Selbständigkeit

### Die CDU nach der Bundestagswahl vor neuen Aufgaben

Die CDU hat gegenüber der Bundestagswahl von 1998 deutlich zugelegt, aber die Regierungs-

verantwortung verfehlt. Das Wahlergebnis weist insbesondere darauf hin, dass die CDU in vielen Großstädten und unter den jungen Frauen unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erreicht hat. Ein überdurchschnittlich großer Teil ehemaliger PDS-Wähler ging zur SPD.

Die CDU muss sich diesen Herausforderungen stellen. Das familienpolitische Konzept der CDU bedarf keiner grundsätzlichen Veränderung, jedoch einer besseren Vermittlung. In Sachsen-Anhalt muss deutlich werden, dass wir mit unserer Politik helfen, die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familie und Beruf zu stärken.

Die städtischen Zentren mit ihrer Vielfalt der Lebensentwürfe müssen in unserer Arbeit stärkere Beachtung finden. Die CDU muss es schaffen, die wesentlichen Inhalte ihrer wertorientierten Politik als attraktives Angebot an eine Gesellschaft zu formulieren, die sich immer weniger tradierten Wertvorstellungen verpflichtet fühlt.

Die CDU muss durch ihre Politik für die Menschen erfahrbar machen, dass die Spannung zwischen Leistungsforderung und dem Wunsch nach sozialer Sicherheit in der von uns gestalteten sozialen Marktwirtschaft ausgeglichen wird.

Die Landesregierung ist aufgefordert, mit Initiativen im Bundesrat für unsere politischen Zielvorstellungen Mehrheiten zu suchen.

### Mitgliederwerbaktion starten

Um unsere Ziele effektiver durchsetzen zu können, wollen wir auch als Partei stärker werden. Die CDU startet daher eine Mitgliederwerbaktion.

Ziel ist es, neuen Mitgliedern Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem politischen Wirken zu eröffnen.

Die Mitgliederwerbaktion gilt gleichzeitig einer langfristigen Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahr 2004.



Der Elbpegel in Magdeburg stoppte bei 6,72 Meter, kurz vor der Katastrophe. Ministerpräsident Böhmer dankte allen Helfern für den geleisteten Einsatz bei der Bewältigung der Flut und ihrer Folgen.

ste Naturkatastrophe in der noch jungen Geschichte unseres Bundeslandes dar. Sie haben den Charakter eines Jahrhundertereignisses. Die CDU steht an der Seite derer, die sich binnen Stunden oder Minuten ihres persönlichen Eigentums und vielfach ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt sahen. Um den Betroffenen zu helfen, hat die Landes-

Saale und deren punktueller Ausbau als Element der Wirtschaftsförderung und eines umweltgerechten Verkehrskonzeptes muss weitergehen und in die Sanierungsmaßnahmen integriert werden.

### Deutschland vor weiteren Jahren Rot-Grün im Bund

Nach 2001 ist Deutschland im

## Stellvertretender Fraktionschef Friedrich Merz:

# ”Rot-Grünes Finanzpaket beschleunigt den Niedergang Deutschlands”

Als "Flucht in die Verschuldung und Flucht in die Steuererhöhung" hat Unions-Fraktionsvize Friedrich Merz das vom Kabinett verabschiedete Finanzpaket kritisiert. Damit sei "der Nimbus des Bundesfinanzministers als Sparkommissar endgültig dahin", betonte der Finanzexperte. Deutschland befinde sich am Rande einer Rezession. In einer solchen Situation sei es wirtschaftspolitisch völlig falsch, die Steuern zu erhöhen.

Merz sagte weiter: "Wir erleben den Niedergang unseres Landes". Die Bundesregierung trage nicht zur Lösung der Probleme bei. Als konkrete Alternative zu den rot-grünen Arbeitsmarktgesetzen kündigte der

Unionspolitiker für die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitsmarktverfassung an. Spätestens in einem Jahr werde Rot-Grün wieder vor die Öffentlichkeit treten und die erneute Verschiebung der Steuerreformstufen verkünden. Die unmittelbare Folge sei ein weiter sinkendes Wirtschaftswachstum. Zugleich machte Merz deutlich, dass auch eine unionsgeführte Bundesregierung derzeit in einer "vergleichbar schwierigen Lage" wäre wie Rot-Grün. Denn das Jahr 2002 sei schon so weit vangeschritten, dass eine grundlegende Korrektur im laufenden Haus-

halt nicht mehr vorgenommen werden könne.

Ganz anders liege der Fall jedoch für das Jahr 2003: "Wir würden in einer entsprechenden Lage den Zugang zur Lösung der Probleme nicht über die Fiskalpolitik suchen, sondern über die Arbeitsmarktpolitik", unterstrich der Finanzexperte. Vor allem das Ifo-Institut teile seine Einschätzung, dass Deutschland aus der tiefen strukturellen Wachstums- und Beschäftigungskrise nur herauskomme, wenn es gelinge, die "starke Überreglementierung und Verbürokratisierung des Arbeitsmarktes" aufzulösen. "Wir müssen den Mut haben, aus der Bewirtschaftung der

Arbeitslosigkeit herauszutreten und endlich wieder einen wirklichen Arbeitsmarkt zuzulassen", forderte Friedrich Merz.

In diesem Zusammenhang kündigte der Fraktionsvize einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die nächste Sitzungswoche Anfang Dezember an. Im Einzelnen sollen das Tarifvertragsgesetz - insbesondere das Günstigkeitsprinzip - und das Betriebsverfassungsgesetz geändert werden.

Nur wenn es gelinge, das Tariffkartell in Deutschland aufzusprengen, könnten auch die verkrusteten Arbeitsmarktstrukturen aufgebrochen werden", bekräftigte Merz.

## Zur Diskussion um die Mitgliedschaft Tschechens in die EU erreichten den Elbkurier die beiden folgenden Briefe, die wir im Wortlaut abdrucken:

### Tschechien passt mit den Benesch-Dekreten nicht in die Wertegemeinschaft der EU!

Mit großem Erschrecken haben wir die Nachricht aufgenommen, dass das tschechische Parlament die Vertreibung der Deutschen aus Ihren Heimatgebieten als rechtens ansieht und somit die Benesch-Dekrete als immer noch geltende Gesetze in einer am 24.04.2002 einstimmig bestätigten Resolution erhärtet hat. Die EU wird Schaden nehmen, wenn die Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete Polens, der tschechischen Republik und Sloweniens sozusagen als Morgengabe importiert werden. Diese Gesetze kollidieren mit der Werteordnung der EU. Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war und bleibt Unrecht und ein Verstoß gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union insbesondere gegen die Artikel 15, 17, 19, 21, 22 und 45.

Wir erinnern auch an einen einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 23.06.1994: "Die Staatengemeinschaft hat die Aufgabe, den Menschen zu helfen, deren ethnische, rassische, religiöse und kulturelle Zugehörigkeit missbraucht wurde, um sie zu vertreiben. Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf...über die Durchsetzung des Rückkehrrechts in die Heimat hinaus Möglichkeiten zu prüfen, wie Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverpflichtungen der Vertreiber geregelt werden können."

Auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat in einer Resolution vom 02.11.2001 an die tschechische Regierung Wiedergutmachung und Entschädigung angemahnt. Wir fordern Sie daher auf mit uns gemeinsam und allen Menschen, denen die EU-Osterweiterung als friedensschaffende Entwicklung in Europa Herzenssache ist, die politischen Kräfte in Tschechien zum Umdenken zu bewegen, da sonst die Voraussetzungen zur Mitgliedschaft Tschechiens in der Wertegemeinschaft EU nicht gegeben sind.

*Horst Partscht,*

*Vorsitzender Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Magdeburg*

### Kann Tschechien Mitglied der Europäischen Union werden ?

1945 und 1946 kamen Heimatvertriebene aus Tschechien auch nach Magdeburg, von Magdeburgern fast unbemerkt, da diese selbst mit den Kriegsfolgen zu tun hatten. So kam im August 1946 an die Kaimauer ein Transport Heimatvertriebener auf Elbschiffen an. Nach wochenlanger Fahrt waren die Vertriebenen glücklich, ausgeladen und im Schlachthof in Schweineställen untergebracht zu werden.



*Die Südseite der ehemaligen Schweineställe, in denen die Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland nach Kriegsende hausten.*

Jede Familie erhielt eine eigene Schweinebox mit frischem Stroh. Wir fühlten uns wie Könige. Von hier wurden wir in das ehemalige Kriegsgefangenenlager von Polt-Nord gebracht, hinter Stacheldraht. Hier befindet sich heute in der Spielhagenstraße der ehemalige Post-Sportplatz. Nach vierzehntägigem Aufenthalt in Magdeburg ging es wieder mit den Schiffen weiter nach Niegripp, wo wir an der Schleuse ausgeladen und in die umgebenden Dörfer und Städte verbracht wurden. Diese Vertreibung, die mit Enteignung, Gewalt und Mord verbunden war, erfolgte auf der Basis der Benesch-Dekrete. Auf deren Basis wird noch heute in Tschechien "Recht" gesprochen, sie sind erst vor wenigen Monaten von der tschechischen Nationalversammlung einstimmig bestätigt worden. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, Union der auch in der DDR von Grund und Boden Vertriebenen und Flüchtlinge, ist der Meinung, dass die EU auch eine Wertunion ist. Solange in Tschechien die Benesch-Dekrete gültiges Recht sind, kann dieses Land nicht Mitglied der EU werden.

*Herbert Jellinek*

*Stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Magdeburg der OMV (Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung)*

## 16. Parteitag der CDU am 11. November in Hannover: Das Christliche macht die Union zukunftsfähig!

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat in einer kämpferischen Grundsatzrede den "Abschied von der Politik des Augenblicks" gefordert. Zwar brauche Politik auch "kurzfristiges Ereignismanagement", wie von der Schröder-Regierung vorgeführt, "aber nicht allein", sagte Angela Merkel am Montag in Hannover. Politik habe vielmehr die Aufgabe, "Weichen zu stellen" und "über den Tellerrand des Hier und Jetzt" hinaus zu blicken.

Schröder sei ganz der Politik des "Augenblicks" verhaftet, betonte die CDU-Vorsitzende in ihrer von starkem Beifall unterbrochenen Rede. "Geistige Führung" oder "politische Gestaltung" suche man bei ihm vergebens. Die Menschen könnten jedoch mit Fug und Recht von ihrem Bundeskanzler verlangen, dass er den "Gestaltungswillen der Poli-

tik zur Geltung" bringe.

Nach dem Ende des Kommunismus, in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung sei "die Rückkehr des Politischen die große Herausforderung unserer Gesellschaft". Für jeden einzelnen Politikbereich müsse das nationale Interesse Deutschlands definiert werden. Schließlich sei die deutsche Politik "zuallererst dem Wohl der Menschen verpflichtet", bekräftigte Angela Merkel. Mit Schröders Gerede von einem "deutschen Sonderweg" habe das jedoch nichts zu tun. "Denn alleine werden wir es nicht schaffen, in dieser Welt zu bestehen". Unter dem Jubel der Delegierten rief die CDU-Vorsitzende ein neues "christdemokratisches Zeitalter" aus, als Angebot der Union an die Menschen. Damit "werden wir zur Kraft der Bewegung, denn wir denken vom Men-



*Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, ist von den Delegierten des 16. Parteitags mit 93,72 Prozent in ihrem Amt bestätigt worden. Sie erhielt 746 Ja-Stimmen von 796 abgegebenen und gültigen Stimmen.*

schen aus". Insbesondere das "C" mache die Union "zukunftsfähig". Angela Merkel forderte ihre Partei in diesem Zusammen-

hang auf, "Motor der Bewegung" zu sein und dazu beizutragen, die "Kräfte der Menschen freizusetzen".

# Scheiben-Doktor

## Ihr Auto-Glas-Profi

- Windschutzscheiben-Reparatur
- Windschutzscheiben-Austausch
- Autoglasveredelung durch Tönungsfolien
- Flachglasveredelung durch Tönungsfolien

Helle Straße 25 - 39112 Magdeburg  
Tel. 0391/62 89 50

Wasserkunststr. 31-35 - 39124 Magdeburg  
Tel. 0391/25 55 40

Internet: [www.scheiben-doktor.de](http://www.scheiben-doktor.de) E-Mail: [scheibendoktor-md1@t-online.de](mailto:scheibendoktor-md1@t-online.de)

## Feilen am rhetorischen Talent

Vor einigen Wochen folgten Studenten der Einladung des RCDS Magdeburg, ein Wochenende lang an ihren rhetorischen Fähigkeiten zu arbeiten. Das Seminar unter dem Titel "Die Macht des politischen Wortes in der Demokratie" fand im Bildungszentrum Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Bereits am ersten Abend führt der Referent, Herr Gursch aus Berlin, in die theoretischen Grundlagen der Sprach- und Sprechkunst ein. Nicht ohne dabei deren praktische Anwendung mit Hilfe der Seminaristen vorzustellen. Nach einem gemütlichen Abend ging es am Samstagmorgen im Programm weiter. Die Sprechübungen der einzelnen Teilnehmer sorgten für manchen Moment der allgemeinen Erheiterung. Danach kam wohl der schwierigste Part der ganzen Veranstaltung auf die Teilnehmer zu. Jede und jeder von ihnen bekam



*"Die Macht des politischen Wortes in der Demokratie" war das Thema eines rhetorischen Seminars im Bildungszentrum Schloss Wendgräben.*

per Zufallprinzip ein Thema zugeleitet und musste innerhalb einer halben Stunde einen kurzen Vortrag zu diesem erarbeiten. Die einzelnen Vorträge wurden dann mit Hilfe der gemachten Videoaufzeichnungen analysiert. Hier zeigten die Ver-

treterinnen der Frauen mehr Mut, was den Schritt vors Publikum angeht. Insgesamt konnten aber alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der eigenen Leistung zufrieden sein. Auch dieser Abend klang bei einem beschaulichen Bei-

sammensein aus. Der letzte Tag des Seminars war von einer kommunalpolitischen Simulation bestimmt. Hier galt es, eine kommunalpolitische Entscheidung durch die Verwaltung vor der versammelten, nationalen und internationalen Presse zu verteidigen. Das gezeigte Einfühlungsvermögen in die jeweiligen Rollen lässt auf einige große schauspielerische Talente schließen.

In der anschließenden Auswertung zogen alle Beteiligten eine äußerst positive Bilanz über die vergangenen Tage. Besonderer Dank gilt natürlich Herrn Gursch für seine lebendige und eindrucksvolle Vortragsweise und für die Organisation der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch Frau Alexandra Mehnert. Diese gelungene Veranstaltung hat sicher bei jedem einzelnen die Lust auf mehr geweckt.

*Tobias Krull*



### Oktober

Rudolf Burghardt zum 79. Geburtstag  
Alfons Winter zum 77. Geburtstag  
Günter Schwenke zum 74. Geburtstag

Walter Remmers zum 69. Geburtstag  
Hans-Dieter Haake zum 65. Geburtstag

### November

Margarete Haunschild zum 81. Geburtstag  
Ursula Sens-Schönfelder zum 76. Geburtstag  
Eva-Margret Fritsche zum 70. Geburtstag

### Dezember

Frau Erika Hollenbach zum 89. Geburtstag  
Frau Herta Herzig zum 78. Geburtstag  
Herrn Fredmartin Seibert zum 76. Geburtstag

Frau Christa Wolter zum 73. Geburtstag  
Herrn Gerhard Jahnke zum 71. Geburtstag  
Herrn Curt Riecke zum 70. Geburtstag

Herrn Norbert Schulz zum 66. Geburtstag  
Frau Bernadette Kulesa zum 66. Geburtstag  
Frau Hannelore Krajinski zum 65. Geburtstag  
Herrn Joachim Marckstadt zum 65. Geburtstag

### Kohl kommt ins Kino

Fünf Jahre nach seinem Abschied aus dem Kanzleramt wird Altkanzler Helmut Kohl möglicherweise bald zum Kinohelden. Kohls ungewöhnliche Biografie liefert Stoff für einen 90minütigen Dokumentarfilm über einen der großen Deutschen des 20. Jahrhunderts.

Der in seiner pfälzischen Heimat tief verwurzelte Zweimetermann war viele Jahre Regierungschef in Rheinland-Pfalz und dann Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und damit Gegenspieler von Helmut Schmidt. Seine politische Glanzleistung vollbrachte Helmut Kohl zweifellos mit der Herstellung der deutschen Einheit im Einklang mit allen Nachbarn Deutschlands. Im Rückblick erscheinen die 16 Jahre Kanzlerschaft des langjährigen CDU-Bundesvorsitzenden geradezu als goldene Epoche des wirtschaftlichen Erfolgs und der Stabilität im Vergleich zur derzeitigen rot-grünen Regierung der Beliebtheit. Auf den Film und damit auch auf die Würdigung eines großen Christdemokraten darf man gespannt sein. *wik*

## Weiter schwierige Lage im Handwerk CDU-Abgeordnete im Gespräch mit Auszubildenden

Das Handwerk in Sachsen-Anhalt findet sich in einer schwierigen Situation wieder. Die Handwerkskonjunktur im Kammerbezirk Magdeburg hat sich nicht belebt.

Weiter optimistisch in die Zukunft zu blicken, fällt den Unternehmen schwer. Dem Konjunkturbericht aus dem ersten Halbjahr 2002 der Handwerkskammer Magdeburg zufolge, stellt sich für 41 Prozent der befragten Unternehmen die Geschäftslage als unbefriedigend dar. Rund 60 Prozent der Unternehmen gaben im vergangenen Halbjahr Umsatzeinbußen an. Dies ist ein neuer Rekord.

Ein knappes Drittel der Betriebe teilte einen Beschäftigungsabbau mit, nur jeder 10. Betrieb stellte zusätzliches Personal ein. Dieser Zustand wirkt auf die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zurück. Die Zahl der in diesem Jahr bisher neu in die Lehrlingsrolle eingetragenen Ausbildungsverträge ist zurückgegangen und liegt rund 7 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Die Zahlen sind hinreichend bekannt.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen interessiert die Abgeordneten der CDU in Magdeburg die Situation von Auszubildenden in den Handwerksbetrieben Magdeburgs. Sie besuchten deswegen während der zurückliegenden Wochen Unternehmen des Handwerks.



*Theoretischer Unterricht zu unterschiedlichen Themen wie die abgestimmte Verwendung von Küchenkräutern für feinste Pfannen- und Grillgerichte.*

Das waren zum Beispiel die "Neustadt-Bäcker eG.", ein Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von 70 Mitarbeitern sowie die "Delikata Magdeburger Fleisch- und Wurstwaren GmbH", die über eine Anzahl von 120 Mitarbeitern verfügt.

Die "Neustadt-Bäcker eG." beginnt in diesem Jahr mit der Ausbildung von fünf neuen Auszubildenden. Derzeit werden insgesamt 14 Auszubildende durch das Unternehmen betreut. Dabei ist man natürlich bestrebt, die sich im Unternehmen befindlichen Auszubildenden nach ihrer Lehrzeit einzustellen. Beispielsweise haben 16 jetzt im Arbeitsverhältnis stehende Verkäuferinnen im Betrieb gelernt. Die betreuten Jugendlichen fühlen sich im Unternehmen wohl, was

sie nicht zuletzt auf die gute Betreuung im Betrieb zurückführen. Problematisch ist die seit Januar diesen Jahres festzustellende Verteuerung der für die Herstellung benötigten Zutaten. Sie gehen zu Lasten der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Dennoch sei man bestrebt, diese Kosten nicht zu Lasten der Ausbildungsplätze zum Ausgleich zu bringen.

Eine ähnliche Auffassung vertritt Hans-Joachim Cuno, Geschäftsführer der "Delikata Magdeburger Fleisch- und Wurstwaren GmbH". Natürlich wäre es kaum möglich, alle Auszubildenden nach Ablauf der Ausbildungszeit zu übernehmen, aber man sei stolz darauf, dass 90 Prozent der ausgelernen Fachkräfte an Betriebe innerhalb des Handwerks erfolgreich weitervermittelt werden konnten.

Seit 1992 wurden 80 Schulabgänger über ein Ausbildungsverhältnis betreut. Letztendlich stellt sich die wirtschaftliche Lage, wie in allen Bereichen des Handwerks, als schwierig dar. Vor diesem Hintergrund erscheint es den Betrieben nicht gemäß, weshalb die Förderung des Landes gegenüber Betrieben, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, durch die nicht mehr amtierende Regierung zurückgestellt wurde. Hilfreich wäre es, wenn diese Förderung wieder bereitgestellt werden könnte. Hier ergibt sich ein Kritikpunkt.

Stephan Richter



*Die Abgeordneten Dieter Steinecke (links) und Wigbert Schwenke (Mitte) im angeregten Gespräch mit Hans-Joachim Cuno, Geschäftsführer der "Delikata Magdeburger Fleisch- und Wurstwaren GmbH". Fotos: Stephan Richter*

## Die Eigenmacht eines Oberbürgermeisters

In seiner Presseerklärung vom 27. September 2002 schreibt der Oberbürgermeister, dass der Stadtrat den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Magdeburg in zwei Investitionsphasen beschlossen habe. Der Sperrvermerk, bezogen auf die Mittel zum Grunderwerb wurde auf Antrag des Stadtrates Balzer ausdrücklich aufgehoben, um damit Grundstücke, die zur Umverlegung der B 71 benötigt werden, anzukaufen.

Dieser klare und eindeutig auch so verstandene Auftrag des Rates lässt den Herrn Oberbürgermeister jedoch unziemlich kalt. Den Willen des Rates fröhlich ignorierend lässt er verkünden: "Gleichwohl sind...die zuständigen städtischen Ämter...bislang nicht aktiv geworden...Auf Anweisung des Oberbürgermeisters wird erst dann etwas getan, wenn das Land...sich verbindlich...bekannt hat. Die Landeshauptstadt wird diese Entscheidung abwarten. Deshalb habe ich (OB) dem Geschäftsführer der Flughafen GmbH empfohlen, Erwerb von Grundstücken...auszusetzen und die Entscheidung des Landes abzuwarten..."

Immerhin, klares Bekenntnis am Schluss: "Grundsätzlich halte ich den Ausbau weiterhin für sinnvoll und notwendig, um..."

Wenn der Rat diese Haltung seinem OB durchgehen lässt, sollten wir den Rat nach Hause schicken und den Aufsichtsrat der Flughafen GmbH dazu; denn wir haben in dieser Frage einen Oberbürgermeister, der sich taktisch hineiert, egal, was Rat oder Aufsichtsrat beschließen. "Schlanke Verwaltung" heißt doch, sich vom Überflüssigen zu trennen. Wozu beschließt der Rat, wenn die schlanke Verwaltungsspitze sowieso tut, was sie für richtig und wichtig hält? E.U. Pfeifer

## Gerhard Schröder Ein deutscher Bundeskanzler oder Nichts dazu gelernt

Professor Arnulf Baring aus Berlin irrt, wenn er auf der Deutschen Republik bleiern lastende Mittelmaßigkeit ausmacht. Dieses krasse Urteil mag auf die fragwürdigen Erfolge einer im fünften Jahr zu regieren versuchenden Bundesregierung zutreffen, vielleicht auch auf die Regierungsmannschaft und die Denke, mit der sie sich von Problem zu Problemlösung outet.

Auf einen aber trifft gewiss nicht zu, was mit Mitte und Maß zu tun hat: Unser aller Kanzler wird nicht gerecht, wer ihn mit dieser Elle messen möchte. Nicht Maß noch Mitte vermögen seine Position zu bestimmen, sein Verhalten und Tun zu bewerten. Es scheint vielmehr, als entzöge sich der hannoversche Schlachtenlenker den Kriterien dieser Welt. Erinnern wir uns:

Als Nikita Chruschtschow bei der UN in Genf seinen Schuh auszog, um seiner Rede schlagartig Gehör und Bedeutung zukommen zu lassen, rüttelte Gerhard Schröder an den Pforten des Kanzleramtes und verlaublich sein Lebensziel: "Ich will da rein!" - Rümpften die Deutschen über den bäuerlichen Despoten der UdSSR (der immerhin in der Kuba-Krise nachgab) die Nase, fanden sie die Attacke des jungen Schröder "irgendwie schick"...

Seine Wiederwahl zum Ministerpräsidenten des von ihm geschundenen Landes Niedersachsen organisierte er als Plebiszit über seine Kanzlerkandidatur - und die Niedersachsen wählten ihn zum Ministerpräsidenten, der er gar nicht sein wollte; er wollte es nur geworden sein. - Arme Niedersachsen: Der also beförderte Kanzlerkandidat Gerd ging - und der verhinderte Lehrer Gabriel kam, sah,



Der Stimmenimitator Elmar Brandt hat mit seiner politischen Satire "Steuersong" einen Riesenhit gelandet.

dass es ihm gut ging und blieb bis heute.-

Über zehn Millionen DM wandten damals die Gewerkschaften auf, um "unserm Gerhard" in den Sattel zu helfen. Mit mehreren fatal wirkenden Gesetzen bedankte sich die neue Regierungsmehrheit bei den Gewerkschaften und blies sodann zum Generalangriff auf die angeblich vom Kapital unterwanderte CDU. Staatspolitik wurde durch inszenierte parteipolitische Hetze ersetzt. Der Misserfolg für das Gemeinwesen blieb nicht aus. Nicht einen Pfifferling hätten die Meinungsforschungsinstitute für die Wiederwahl der Regierung Schröder zwei Monate vor der Wahl gegeben; man hätte die Wette seines Lebens machen können. Gerade fielen beim Verlassen des letzten Stammtisches die beruhigenden Worte: "Jetzt kann dem Schröder nur noch der Himmel helfen", als sich die himmlischen Schleusen öffneten, um mit der Flut dem Land den rechten Weg zu weisen.- Vorsehung?

Wo früher Vorsehung war, war auch Krieg. Dem Versprechen der "uneingeschränkten Solidarität" folgte nahtlos der gefährliche "deutsche Sonderweg", und der Rückzug aus dem Bündnis. Nach Taschenspielermanier zog unser Kanzler damit einen Wahl-Joker aus dem Ärmel, und es kümmerte ihn überhaupt nicht, dass seine Mitspieler den gemeinsamen Tisch verließen. Es kümmerte ihn nicht, dass er seines und des Vorteils seiner Partei wegen die außenpolitischen Interessen des ihm anvertrauten Landes tief und auf Dauer schädigte. Er wollte da, ins Kanzleramt, wieder rein - und da war ihm jedes Mittel recht: Der Armani-Kanzler kehrte sein Innerstes nach außen, seine Justizministerin half ihm dabei - und heraus kam ein alternder 68'er, noch immer geprägt von einem tumben Antiamerikanismus und dem irrigen Vertrauen auf einen Dritten Weg. - Und dann taucht auch noch Oskar, nicht der mit der Blechtrommel, sondern der mit dem jähen Abgang

auf, und vergleicht die Finanzpolitik von Gerhard Schröder mit derjenigen eines Heinrich Brüning.- H. Brüning kann sich nicht mehr wehren, doch was macht der Kanzler? Was kann den Kanzler jetzt noch retten? -

Schmal und zart, zerbrechlich fast und alle Beschützerinstinkte weckend kauert sich des Kanzlers letzte Gattin in die Ecke ihres ICE-Abteils und teilt der staunenden Öffentlichkeit mit, sie sei besorgt über die Entwicklung in Deutschland. Noch wollen wir ihr ob der ungeheuren Eröffnung zustimmen, als sie beginnt, ihre Sorgen zu erläutern. Und schnell wird dem Zuhörer deutlich, dass die Kanzlergattin Doris Schröder - wie es wohl auch nur ihr zusteht - mit Deutschland gar nicht unser Land und uns als Bürger, sondern einzig ihren Mann, und den als Kanzler meint. Um dessen Wohlergehen ist sie besorgt. Für ihn, und nur für ihn führt sie dieses Interview, um mit

der ganzen Autorität einer liebenden Ehefrau und - nebenbei - politischen Journalistin - sich schützend vor ihren Mann zu stellen. Dieses Bemühen verdient, bei aller berechtigten Kritik, unser aller Anerkennung. -

Leider aber offenbart Doris Schröder mit dieser Aktion in erschreckender Deutlichkeit, dass auch ihr des Kanzlers neue Kleider nicht verborgen geblieben sind. Sie beschämt mit dieser Aktion ihren Gatten, den Kanzler, der sich nicht scheut noch schämt, in dieser Situation seine Ehefrau für sich bitten zu lassen. Dies ist kein Mittelmaß, dies ist mehr, viel mehr: Gerhard Schröder ist immer noch für eine Überraschung gut. Er ist ohne Mitte noch Maß, und seine Geschichte böte Stoff für eine Komödie, ginge sie nicht mit jedem Tag tragischer aus für dieses Land, das den Kanzler hat, den es sich wählte.

Ernst-U. Pfeifer

**harzdruckerei**  
wernigerode

max-planck-straße 12/14  
38855 wernigerode  
fon 0 39 43/54 24 - 0  
fax 0 39 43/54 24 - 99  
mail info@harzdruck.de  
net www.harzdruck.de

## CDU-Landestagung am 2.11.2002: Die Sozialausschüsse der CDU werden die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit gestalten



CDU-Landesvorsitzender Jürgen Scharf gemeinsam mit Hermann-Josef Arentz, Bundesvorsitzender der CDU und Mitglied im Präsidium der CDU, am Rande der Landestagung im Tagungszentrum Rogätzer Straße.

Fotos: Reinhard Gurcke

Die CDU führte am 2. November in Magdeburg ihre turnusmäßige Landestagung durch. Es konnten der CDU-Bundesvorsitzende "Hejo" Arentz, der DGB-Landesvorsitzende Dr. Jürgen Weißbach, der Staatssekretär für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff sowie weitere Vertreter von Gewerkschaften und Verbänden begrüßt werden.

In seiner Rede erhob der Landesvorsitzende Jürgen Scharf, MdL den Anspruch, deutlich die Handschrift der CDU auf allen Ebenen und die Regierungsarbeit in Sachsen-Anhalt mit prägen zu wollen. Die CDU setzt sich für eine wirtschaftlich effektive und gleichzeitig solidarische Gesellschaft ein. Der Sozialstaat ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht unvermeidliche Last für die Ökonomie sondern eine sinnvolle Investition in eine stabile Gesellschaft.

Die CDU wird die Regierung unterstützen, durch eine Haushaltssanierung wieder Freiräume für staatliches Handeln zu erlangen. Wichtigstes Ziel ist die Bekämpfung der zu hohen Arbeitslosigkeit. Daher sollen unnütze oder unpraktikable Vorschriften aufgehoben und durch eine maßvolle Deregulierung neue Wettbewerbs- und Marktkräfte freigesetzt werden. Die CDU Sachsen-

Anhalt fordert die Gewerkschaften auf, diesen Weg mitzugehen, aber darauf zu achten, dass die Flexibilisierung den Arbeitnehmern keine unbilligen Härten auferlegt.

Insbesondere wird der notwendige Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen nur gelingen, wenn

die Landesregierung mit ihren Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen früh-

zeitig das Gespräch mit den Personalräten und betroffenen Gewerkschaften sucht, um für ein schlüssiges Konzept zu werben und Schritte der Umsetzung möglichst einvernehmlich zu regeln.

Die CDU wird sich in die Novellierung von Leistungsgesetzen insbesondere in die Neufassung des Kindertagesstättengesetzes aktiv einmischen. Dieses wird Thema der nächsten CDU-Klausurtagung noch im November 2002 sein.

Der CDU-Bundesvorsitzende Hermann-Josef Arentz widmete sich hauptsächlich der Bundespolitik. Er geißelte die zahlreichen gebrochenen Wahlversprechen der Schröder-Regierung. Die Realisierung der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wird für viele Arbeitnehmer in Deutschland zu drastischen Einkommensverlusten führen.

Arentz rechnete vor, dass ein Normalverdiener ab 2003 mit Einkom-

mensverlusten von ca. 250 Euro durch die Beschlüsse der Bundesregierung rechnen muss.

Die Beschlüsse der sogenannten "Hartz-Kommission" bezeichnete der Rheinländer als "ein Sammelsurium von vernünftigen, nutzlosen und giftigen Dingen". Da der Schwerpunkt dieser Vorschläge auf einer beschleunigten Vermittlung von Arbeitslosen liege, konnte er gerade im Hinblick auf die Lage in den neuen Ländern wenig Hoffnung machen. Arentz wörtlich: "Wie aber Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze entstehen, beantwortet Hartz nirgendwo!"

Arentz sieht dagegen Möglichkeiten in der Bekämpfung der Schwarzarbeit. So rechnete er vor, dass etwa 16 Prozent der Wertschöpfung in Deutschland durch Schwarzarbeit erbracht wird und fügte hinzu: "Das entspricht rein rechnerisch sechs Millionen Arbeitsplätzen.

Arbeit ist also da - nur zu teuer!" Deshalb schlug Arentz vor, insbesondere bei den personenbezogenen Dienstleistungen umzusteuern.

"Wer hier Menschen beschäftigt, muss dies aus seinem versteuerten Einkommen tun und deshalb wird es zu teuer", sagte Arentz und forderte hier rasche Änderungen. Beschäftigung, egal wo, müsse wie bei einem Unternehmen absetzbar sein. Das habe nichts mit "Dienstmädchenprivileg" zu tun, sondern mit der Legalisierung bestehender



CDU im Gespräch mit den Gewerkschaften. Jürgen Scharf kritisierte heftig die einseitige Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung durch den DGB im letzten Bundestagswahlkampf. DGB Landeschef Dr. Jürgen Weißbach mußte sich bei der CDU Landestagung einiges anhören.

Beschäftigungsverhältnisse.

Hinsichtlich der Familienpolitik erinnerte Arentz an die Forderungen von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, der ein Familiengeld gefordert hatte.

Er nannte es ungerecht, dass ein Sozialhilfeempfänger je Kind 300 Euro erhalte, ein Arbeitnehmer jedoch nur 150 Euro. Die Folge sei, "je mehr Kinder jemand hat, desto höher ist sein Armutsrisiko", sagte Arentz und das bei der "verheerenden demografischen Entwicklung Deutschlands". Dies sei unterlassene Hilfeleistung an den Familien, kritisierte er. Das Familiengeld hätte hier ein Stück Familienlastenausgleich schaffen können.

Die Gesundheitspolitik sieht Arentz in schlechten Händen. "Ulla Schmidt, die fröhliche Aachenerin, hat das Gesundheitswesen schon an den Baum gefahren, jetzt hat sie auch noch den Sozialstaat zu verantworten", geißelte Arentz die Entscheidung des Bundeskanzlers, den Kompetenzbereich der Ministerin auszudehnen. Für die Union beanspruchte er, hierzu klare Aussagen im Wahlkampf getroffen zu haben.

Er warb für mehr Wahlmöglichkeiten der Versicherten und einen "Ärzte-TÜV".

wik

### Der neue CDU-Kreisvorstand auf einen Blick

**Vorsitzender:** Jürgen Scharf

**Stellvertreter:**  
Alexandra Mehnert  
Wilfried Köhler

**Schatzmeister:**  
Klaus-Dieter Theise

**Beisitzer:**  
Bärbel Bühnemann  
Peter Fechner  
Gerhard Häusler  
Marlene Lütz  
Rainer Nitsche  
Ernst-Ulrich Pfeifer  
Gerhard Ruden  
Wigbert Schwenke  
Reinhard Stern  
Sabine Wölfer  
Eva Wybrands

"Der CDU-Kreisverband Magdeburg setzt sich auch weiterhin für einen leistungsfähigen Gütertransport auf Elbe und Saale ein. Deshalb sollen die Reparaturmaßnahmen an den Buhnen und Leitwerken in der Elbe wie geplant zu Ende geführt werden." Dieses Fazit zog der stv. Kreisvorsitzende Wilfried Köhler nach einer dreistündigen, teils kontroversen Debatte im CDU-Fachausschuss Stadtentwicklung und Verkehr vergangenen Dienstag im Wasser- und Schiffsamts Magdeburg.

Damit lehnt die CDU den von der neuen Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Hochwasser an der Elbe verhängten Baustopp entschieden ab. Die Union befürchtet, dass unter dem Deckmantel des Naturschutzes der Aufbau Ost abgewürgt werden soll, um Eichels leere Kassen zu schonen. Ohne funktionsfähige Infrastruktur drohe der Osten aber auf Dauer das Armenhaus Deutschlands zu werden. Die wieder gestiegene Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt könne so nicht gestoppt und neue Arbeitsplätze nicht geschaffen werden, fasste Köhler die Argumente zusammen. Nach einer eingehenden Erläuterung des derzeitigen Sachstandes durch den Leiter des Wasser- und Schiffsamtes, Rolf Lack, stellte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, André Schröder, die Position der Landespartei vor. Er machte die Rechnung auf, dass für die Ertüchtigung von Elbe und Saale seit der Wende etwa 300 Mio. Euro investiert wurden. Der Baustopp sorge deshalb für weitere Investitionsruinen im Land. Der ausgebaute Hafen in Halle-Trotha werde zu einem Milliongrob. Der zunehmende LKW-Verkehr könne nicht auf den ökologisch vorteilhaften Wasserweg umgelenkt werden. Dies sei für Umwelt und Wirtschaft ein verheerendes Signal. Die Wirtschaft entlang der Saale habe zugesagt, kurzfristig 400 LKW-Ladungen täglich auf der Saale zu transportieren,

sobald die Voraussetzungen geschaffen seien.

Schröder verwies auch auf die internationalen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Tschechien. Danach hat die Bundesregierung per Gesetz für die "Leichtigkeit der Schifffahrt" zu sorgen. Auch deshalb könne ein Baustopp nicht einfach hingenommen werden.

Demgegenüber lehnten die Vertreter der Bürgerinitiative "Pro Elbe" jegliche Baumaßnahmen an Elbe und Saale ab. Ihr Sprecher Dr. Reinhard Stephan erklärte, die Schifffahrt solle sich dem Fluss und seinen natürlichen Veränderungen anpassen. Gewarnt wurde auch vor einer möglichen "Salamitaktik" beim Ausbau der Elbe.

Amtsleiter Lack wies diese Kritik zurück. Niemand plane Staustufen in der Elbe. "Eine Salamitaktik gibt es nicht!" bezog er klar Stellung. Vielmehr gehe es um die behutsame Beseitigung verschiedener gefährlicher Hindernisse im Flussbett der Elbe und die Schiffbarmachung des letzten Teilstücks der unteren Saale.

Aus der Sicht Magdeburgs stellte Ausschussvorsitzender Wilfried Köhler die wirtschaftlichen Potenziale der Schifffahrt in den Vordergrund. Das bald fertig gestellte Wasserstraßenkreuz im Norden Magdeburgs biete für die Region eine hervorragende Chance, an alte Stärken anzuknüpfen als Magdeburgs Binnenhafen der zweitgrößte in Deutschland war. Magdeburg müsse deshalb diese Standortvorteile voll zur Geltung bringen und der Wirtschaft leistungsfähige Wasserstraßen zur Verfügung stellen. "Niemand mutet Autofahrern Autobahnen mit gefährlichen Schlaglöchern zu. Warum gilt das nicht auch für Wasserwege?" fragte Köhler in die Runde. Wer die umweltverträgliche Schifffahrt will, müsse auch die Voraussetzungen für eine moderne und wirtschaftliche Nutzung der Wasserwege schaffen. Deshalb sei der Bund an seine gesetzlichen Pflichten zu mahnen, betonte Köhler.

Köhler wies auch darauf hin, dass Magdeburg bereits bei anderen Verkehrsträgern ins Hintertreffen geraten ist. Er erinnerte daran, dass die Landeshauptstadt fast völlig vom Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn abgekoppelt ist und auch die Luftverkehrsanbindung sehr bescheiden ist. Das Güterverteilungszentrum in Rothensee sei bislang ebenfalls nicht verwirklicht. *wik*

### **Gedanken zur Sitzung des Fachausschusses Stadtentwicklung und Verkehr zum Elbe und Saale Ausbau**

Auf Einladung von Herrn Köhler (Stv. CDU-Kreisvorsitzender) und Herrn Lack (Leiter des Wasser- und Schiffsamtes) diskutierte der Fachausschuss der CDU Anfang November Argumente für das Für- und Wider zum Elbeausbau. Die große Zahl von Anwesenden CDU-Mitgliedern und Freunden unterstrich die Aktualität des Themas.

Die eingehenden sachlichen Erläuterungen zum jetzigen Sachstand der Planungen zum Elbe- und Saaleausbau und deren hydrodynamischen Einwirkungen auf das Fließverhalten und den Wasserstand der Elbe durch Herrn Lack boten eine sachliche Basis für eine faire Diskussion. Leider geriet die Diskussion im weiteren Verlauf zu einem Schlagabtausch inzwischen hinreichend bekannter Thesen zwischen Vertretern der Bürgerinitiative "Pro Elbe" und Herrn André` Schröder, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Die Thesen von Herrn André` Schröder, wie z.B. "Die rot-grüne Bundesregierung will unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Bundeskassen schonen und den Aufbau Ost abwürgen" oder "Wer gegen den Ausbau der Elbe ist, verhindert die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt", sollten bei der Diskussion um einen Elbe- und Saaleausbau keine Entscheidungsgrundlage bilden.

Die einzigartige Kulturlandschaft Elbe stellt sowohl in ökonomischer und ökologischer Sicht ein zu wertvolles Gut dar, als dass sie in einer notwendigen Diskussion um den Elbe- und Saaleausbau der populistischen Parteipolemik geopfert werden darf.

Wenig hilfreich ist auch die Argumentation der Befürworter des Elbe- und Saale Ausbaus, dass jegliche Kritik an den geplanten Maßnahmen generell die Wirtschaft des Landes gefährdet und weiteren Arbeitsplatzabbau fördert, wie auch die Argumentation der Ausbaugesegner, dass auch die kleinste über Erhaltungsmaßnahmen hinausgehende Baumaßnahme die Ökologie der Flusslandschaft Elbe und Saale dauerhaft gefährdet.

All unser Handeln, ist geprägt durch die Faktoren Funktionsfähigkeit, Sicherheit, Gesundheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltqualität und Wohlstand mit dem Ziel dem Einzelnen ein größtes Maß an Persönlichkeitsentfaltung in einer Gesellschaft mit hoher Qualität zu geben. Es gilt die natürlichen Konkurrenzbeziehungen dieser Faktoren im Gleichgewicht zu halten.

Die Argumente der Ausbaugesegner sind ernste und objektive Gründe, die den gleichen Stellenwert haben, wie die Interessen und Argumente des Vereins zur Hebung der Saaleschifffahrt e.V. Es gilt diese Interessen u.a. in ein Gleichgewicht zu bringen, das der Volkswirtschaft dienlich ist.

Die Fragen um den Elbeausbau können nicht mit einem "Entweder, oder" beantwortet werden, sondern nur mit einem "Sowohl, als auch".

Ich wünsche der CDU, dass sie in der Diskussion um Wirtschaft und Umwelt in der Öffentlichkeit zurückfindet auf die Basis von Herrn Umweltminister Töpfer a.D. Mit dieser differenzierten Sichtweise wird es der CDU auch gelingen Wähler im Osten neu zu gewinnen, die aus historischer Sicht fundamentale Strömungen selbstbewusst ablehnen. *Uwe Zischkale*